

KDFB – INFORMATIONEN 4/2008



Aus Verbänden und Organisationen

Deutscher Frauenrat

- 2 Marlies Brouwers neue Vorsitzende
- 2 Elterngeld bei Teilzeitarbeit unattraktiv

Donum Vitae

- 3 Online-Beratung gestartet

Hildegardis-Verein

- 3 Mehr Politik in Frauenhand
- 4 Helene Weber als eine der Mütter der Grundgesetzes gewürdigt

KAB

- 5 Mehr Rentenansprüche für Kindererziehung

KEG

- 5 Erzieherinnen zukünftig Bachelor-Abschluss anbieten

Medica mondiale

- 6 Monika Hauser mit alternativem Nobelpreis geehrt
- 7 Ingrid Fischbach wird Kampagnenbotschafterin

KAG Müttergenesung

- 7 Beratungsangebot auch in Kindergärten
- 8 Nachsorge auf einen Klick

SkF

- 8 SkF Bayern startet Modellprojekt

Terre des femmes

- 9 Aktionsplan zum Schutz vor Genitalverstümmelung gefordert

Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)

- 9 ZdK fordert Nachbesserungen beim Elterngeld
- 10 Freier von Zwangsprostituierten bestrafen
- 10 Volksbegehren für Reli-Unterricht unterstützen
- 11 ZdK fordert klares Bekenntnis zum Sozialstaat
- 11 Herbstvollversammlung
- 12 ZdK fordert islamischen Religionsunterricht
- 13 Das VATER UNSER als Brücke der Ökumene

I M P R E S S U M

Herausgeber:

Katholischer Deutscher Frauenbund
- Bundesgeschäftsstelle -
Kaesenstraße 18 - 50677 Köln
Telefon: (0221) 86092-0
Fax: (0221) 86092-79
Email: bundesverband@frauenbund.de
Internet: www.frauenbund.de

Redaktion:

Gabriele Klöckner
gabriele.kloeckner@t-online.de

Deutscher Frauenrat

Marlies Brouwers neue Vorsitzende des Deutschen Frauenrates

Köln, 10.11.2008 - Der Katholische Deutsche Frauenbund e.V. (KDFB) begrüßt die Wahl von Marlies Brouwers zur neuen Vorsitzenden des Deutschen Frauenrates. Sie löst Brunhilde Raiser ab, die dieses Amt vier Jahre ausführte. Brouwers, Vizepräsidentin des Frauenbundes und Vorsitzende des KDFB-Diözesanverbandes Berlin, war als Kandidatin der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Frauenverbände und -gruppen für das Amt nominiert.

Zum zweiten Mal in der Geschichte des Deutschen Frauenrates steht damit eine KDFB-Frau an dessen Spitze. Von 1960 bis 1970 hatte die damalige KDFB-Präsidentin Dr. Gertrud Ehrle dieses Amt inne. Ehrle war Mitbegründerin des Deutschen Frauenrates nach dem Zweiten Weltkrieg.

Ingrid Fischbach, derzeitige Präsidentin des 1903 gegründeten Frauenbundes, sagte zur Wahl: „Der Katholische Deutsche Frauenbund freut sich, dass der Deutsche Frauenrat in der neuen Vorsitzenden Marlies Brouwers eine Mitgestalterin von Gesellschaft, Politik und Kirche hat, die sich auf der Basis ihres christlichen Selbstverständnisses für Gleichberechtigung und Gleichstellung von Frauen und Männern einsetzt.“ Stellvertretend für die 220.000 Mitglieder des KDFB wünschte sie ihr alles Gute für das neue Ehrenamt im Deutschen Frauenrat.

Redaktion: Ute Hücker

Elterngeld für Eltern bei Teilzeitarbeit unattraktiv

Vorstand des Deutschen Frauenrates unterstützt offenen Brief

Am 13. November 2008 hat der Deutsche Bundestag in zweiter und dritter Lesung über das erste Änderungsgesetz zum Bundeselterngeldgesetz beraten. Diese Änderungen reichen nicht aus. Der Deutsche Frauenrat, Verbände und ExpertInnen fordern daher Nachbesserungen.

Der Deutsche Frauenrat stellt fest, so die Vorsitzende Marlies Brouwers, „dass durch die gegenwärtige Ausgestaltung des Elterngeldes die partnerschaftliche Wahrnehmung der Erziehungsverantwortung bei Eltern, die beide in Teilzeit arbeiten, im ersten Lebensjahr des Kindes praktisch verhindert wird, weil sie finanziell völlig unattraktiv ist.“

Reduzieren beide Elternteile ihre Arbeitszeit und damit das Einkommen, das der Berechnung des Elterngeldes zugrunde liegt, um die Hälfte, ist ihr gesamter Elterngeldanspruch mit dem 7. Lebensmonat des Kindes erschöpft. Dies liegt daran, dass auch bei reduziertem Einkommen ein voller Elterngeldmonat verbraucht und angerechnet wird. Das Gesetz fördert so einseitig die vorrangige Erziehung des Kindes durch einen Elternteil und bewirkt, dass Paare im ersten Lebensjahr ihres Kindes keine gemeinsame Teilzeitarbeit wählen. Das erste Änderungsgesetz sieht hierzu keinerlei Änderungen vor.

Aus diesem Anlass haben sich fünf der im Gesetzgebungsverfahren gehörten Sachverständigen, 20 Verbände (zu denen auch der Katholische Deutsche Frauenbund zählt), 244 Gleichstellungsbeauftragte und 33 weitere UnterstützerInnen am 14. November 2008 in einem Offenen Brief an die Bundesfamilienministerin von der Leyen gewandt und eine Lösung dieses Problems ange-mahnt. Sie betonen, dass die gegenwärtige Regelung weder im Interesse der Eltern noch der be-troffenen Unternehmen liegen kann und zudem die Arbeitsmarktchancen von Frauen deutlich schmälert. Die Verbände haben bereits bei der Verabschiedung des Elterngeldgesetzes im Jahr 2006 auf das Problem hingewiesen. Sie sind enttäuscht, dass mit dem ersten Änderungsgesetz die Chance für eine Korrektur vertan wurde

Der Brief kann im Internet heruntergeladen werden unter:

http://www.frauenrat.de/files/081112_Offener_brief_Elterngeld.pdf

Donum Vitae

Donum Vitae richtet Online-Beratungsstelle ein

Bonn (KNA) Der Verein Donum Vitae (Geschenk des Lebens) hat eine bundesweite Online-Beratungsstelle für Schwangere eingerichtet. An www.donumvitae-onlineberatung.de gesandte Anfragen würden spätestens innerhalb von 48 Stunden beantwortet, teilte der Verein in Bonn mit. Das Beratungsangebot für Frauen und Männer umfasse neben den Themen Liebe, Sexualität und Schwangerschaft auch spezielle Fragen wie Pränataldiagnostik, unerfüllter Kinderwunsch, finan-zielle Hilfen, anonyme Geburt sowie die Situation nach einem Schwangerschaftsabbruch oder nach dem Verlust eines Kindes. (KNA – 26. November 2008)

Hildegardis-Verein

Mehr Politik in Frauenhand

Politisches Wochenende des Hildegardis-Vereins zu 90 Jahren Frauenwahlrecht

90 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts sind Frauen auf vielen Ebenen von Politik und Verwaltung noch immer unterrepräsentiert. Auf kommunaler Ebene besetzen sie nur 25 Prozent der Stadt- und Gemeinderatspositionen und nur 15 Prozent der Oberbürgermeisterposten.

Im Kabinett stellen Frauen zwar mit der Kanzlerin und sechs Ministerinnen fast schon die Hälfte der Mitglieder, unter den beamteten Staatssekretären ist jedoch nur eine Frau zu finden und auch die Abteilungsleitung der Ministerien liegt nur zu weniger als 15 Prozent in Frauenhand.

Grund genug für den Hildegardis-Verein, im Rahmen seiner Studienförderung für Frauen anläss-lich des Jubiläums „90 Jahre Frauenwahlrecht“ ein politisches Wochenende in Berlin zu veran-stalten. „Wir fördern Studierende finanziell mit einem zinsfreien Darlehen, wir haben aber auch das Ziel, sie bei der Gestaltung ihres Lebenswegs durch Bildungsangebote biographiebegleitend zu unterstützen“, erläutert Eva Welskop-Deffaa, stellvertretende Vorsitzende des Vereins und Organisatorin des Berlin-Wochenendes.

„Wir stehen auf den Schultern der Frauen, die den Verein vor 100 Jahren gegründet und in der ersten demokratischen Republik – bis 1933 – erfolgreich aufgebaut haben. Mit Helene Weber gehört zu den Fördererinnen des Vereins eine Frau, die 1919 Mitglied der Verfassungsgebenden Nationalversammlung wurde und 1949 eine der vier Mütter des Grundgesetzes war. Wie Hedwig Dransfeld und Helene Weber wollen wir heute jungen Frauen Mut machen, ihre Kompetenzen und Fähigkeiten nicht nur in Beruf und Familie, sondern auch im (politischen) Ehrenamt einzusetzen.“

Beim politischen Wochenende des Hildegardis-Vereins am 8. und 9. November 2008 in Berlin erhielten die Teilnehmerinnen detaillierte Informationen über die aktuelle Präsenz von Frauen in der Politik. Über Gestaltungsmöglichkeiten von Frauen und Frauenorganisationen im vorparlamentarischen Raum diskutierten sie am Beispiel anstehender Neuregelungen bei Spätabtreibung und Gendiagnostik mit Mitarbeiterinnen von Fraktionen und des katholischen Büros. Wie die Repräsentanz von Frauen auf kommunaler Ebene wirksam gesteigert werden kann, verdeutlichte ein Vortrag zur aktuellen Kampagne „FRAUEN MACHT KOMMUNE“, die von der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF) zusammen mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführt wird.

„Seit Einführung des passiven Wahlrechts haben Frauen ihre politischen Handlungsmöglichkeiten erfolgreich erweitert und Teilhabechancen aktiv genutzt“, bilanziert die stellvertretende Vorsitzende des Hildegardis-Vereins, Eva Welskop-Deffaa: „Das soll so bleiben.“

60 Jahre Parlamentarischer Rat

Hildegardis-Verein würdigt Helene Weber als eine der Mütter des Grundgesetzes

60 Jahre nach der konstituierenden Sitzung des Parlamentarischen Rates am 1. September 1948 in Bonn erinnert der Hildegardis-Verein an jene vier Frauen, die zusammen mit den „Vätern des Grundgesetzes“ diese Grundlage unseres Staates auf den Weg brachten: Helene Weber, Elisabeth Selbert, Friederike Nadig und Helene Wessel.

In einem eigenen Forschungsprojekt hat der Hildegardis-Verein das Wirken der Christin und Politikerin Helene Weber (1881-1962) untersucht und sie als „Mutter“ beider deutscher Verfassungen, als Bildungspolitikerin und Mitbegründerin der sozialen Frauenschulen, als Führungskraft in der katholischen Frauenbewegung und als Europäerin gewürdigt.

Die 1881 in Elberfeld geborene Helene Weber absolvierte das Seminar für Volksschullehrerinnen in Aachen und war eine der ersten Frauen, die in Deutschland zum Hochschulstudium zugelassen wurden. Parallel zu ihrer späteren Tätigkeit im preußischen Wohlfahrtsministerium (als erste weibliche Ministerialrätin in der Weimarer Republik) setzte sie sich im Katholischen Deutschen Frauenbund und im Verein katholischer Sozialbeamtinnen sowie im Kontakt mit christlichen Studentenvereinen und Gewerkschaften dafür ein, die Rahmenbedingungen für Frauen in Bildung und Beruf zu verbessern. Helene Weber wirkte als Mitglied des Präsidiums des Parlamentarischen Rates an der Formulierung des Grundgesetzes mit und war von 1949 bis 1962 Mitglied des Bundestages, dort Vorsitzende des Familienrechtsausschusses. Durch viele internationale politi-

sche und kirchliche Kontakte und Netzwerke wirkte sie für gerechtere politische Rahmenbedingungen für Frauen und Männer, für eine Verbesserung der Bildungschancen, insbesondere für Frauen, und für ein friedliches Europa.

Helene Weber erhielt bereits im Jahre 1930 die Ehrendoktorwürde der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster sowie für ihre Verdienste um die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1956 das Große Bundesverdienstkreuz, 1961 das Schulterband zum Bundesverdienstkreuz.

Die Forschungsergebnisse des Hildegardis-Vereins werden 2009 als Aufsatzband vorliegen.

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB)

KAB: Mehr Rentenansprüche für Kindererziehung

München (KNA) Die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) in Bayern will eine bessere Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung. Die Landesvorsitzende Brigitte Rüb-Hering kündigte in München eine Petition an den Bundestag an. Demnach sollen pro Kind statt bisher drei in Zukunft sechs Jahre anerkannt werden, unabhängig vom Geburtsdatum der Kinder. Pro Jahr würde so dem erziehenden Elternteil ein Beitragspunkt gutgeschrieben. Für sechs Jahre ergäbe sich damit eine Gesamtsumme von 153,36 Euro innerhalb der monatlichen Rente.

Familien übernehmen für die Gesellschaft „eine große Verantwortung und Finanzlast, um ihre Kinder zu erziehen, die dann die Beitrags- und Steuerzahler von morgen sind“, sagte Rüb-Hering zur Begründung. Der KAB-Vorschlag sei kein Anreiz, dass Frauen oder Männer Familienarbeit zu Hause leisteten, sondern eine Konsequenz aus den tatsächlich von den Familien erbrachten Leistungen für Staat und Gesellschaft. Das Anliegen der KAB, diese „Gerechtigkeitslücke“ zu schließen, dürfe nicht durch „ideologische Debatten um die richtige Form der Kindererziehung behindert werden“, so Landesvorsitzender Edgar Schiedermeier.

(KNA – 6. November 2008)

Katholische Erziehergemeinschaft Deutschlands (KEG)

„Erzieherinnen künftig Bachelor-Abschluss anbieten“

Berlin (KNA) Die Katholische Erziehergemeinschaft Deutschlands (KEG) hat neue Ausbildungswege für Erziehern und Erzieherinnen gefordert. So sollten Fachschulen und Fachakademien für Sozialpädagogik künftig einen Bachelor-Studienabschluss anbieten können, erklärte die KEG in Berlin. Beide seien noch für viele Jahre die vorherrschenden Ausbildungseinrichtungen für Erzieher.

Eine Verlagerung der Ausbildung von den Fachschulen und -akademien an Hochschulen hält die KEG nicht für machbar. Die Kultusministerkonferenz solle aber endlich bundeseinheitliche Min-

deststandards für diesen Ausbildungsbereich benennen und deren Verbindlichkeit über Ländergrenzen hinweg festschreiben.

Die Ausbildung an Fachschulen und -akademien für Sozialpädagogik solle die Studierenden stärker zu Selbstständigkeit und Eigenverantwortung hinführen und stärker auf ganzheitliche Bildung setzen, erläuterte die KEG. Zudem müsse es in der Ausbildung stärkeren Niederschlag finden, dass ab dem Jahr 2013 der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr besteht und bis dahin der Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige erfolgt. Das Fachschulstudium müsse die Studierenden auch befähigen, die sprachliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu fördern.

(KNA – 10. November 2008)

medica mondiale e.V.

Monika Hauser mit Alternativem Nobelpreis geehrt

Stockholm (KNA) Die deutsche Frauenärztin Monika Hauser hat den diesjährigen Alternativen Nobelpreis erhalten. Die schwedische Stiftung „Right Livelihood Award“ ehrte sie für ihren „unermüdlichen Einsatz für Frauen, die in Krisenregionen schrecklichste sexualisierte Gewalt erfahren haben“. Auch eine US-Journalistin, eine Frauenrechtlerin aus Somalia sowie zwei indische Sozialaktivisten wurden ausgezeichnet. Das Preisgeld von umgerechnet 210.000 Euro wird geteilt.

Hauser, Gründerin von „medica mondiale“, nannte die Auszeichnung eine Bestätigung für 15 Jahre Einsatz. In ihrer Dankesrede berichtete sie über ihre Arbeit in verschiedenen Ländern der Welt. Hauser mahnte, sexualisierte Gewalt nicht zu verharmlosen. Sie sei immer eine Ausübung von Macht über das Opfer und könne im Krieg zu einer triumphalistischen Zurschaustellung der Macht über den Gegner werden. Vergewaltigung nicht als eine Form von Folter und schlimme Menschenrechtsverletzung anzuerkennen, sei eine Fortsetzung des eigentlichen Gewaltaktes, so die Ärztin.

„Seit vielen Jahren setzen Sie sich mit medica mondiale für vergewaltigte Mädchen und Frauen in Kriegs- und Krisengebieten ein“, so KDFB-Präsidentin Ingrid Fischbach in ihrem Glückwunschschreiben. „Wie wichtig und im wahrsten Sinne „Not-wendig“ Ihre Arbeit ist, haben Sie dem KDFB-Bundesvorstand im Mai 2008 eindeutig dargestellt, als wir Ihnen eine Spende für Frauen in Afghanistan überreichten. Sie, liebe Frau Hauser, verdienen den Alternativen Nobelpreis für Ihr unermüdliches Engagement als Ärztin und ‚Anwältin‘ der unzähligen Opfer sexueller Gewalt zu Recht. Ich wünsche Ihnen und allen Verantwortlichen bei medica mondiale weiterhin viel Kraft und Mut für den unerschrockenen Einsatz zum Wohl der Mädchen und Frauen.“

Der von dem deutsch-schwedischen Journalisten Jakob Carl von Uexküll begründete Preis wird seit 1980 vom Komitee „Right Livelihood Award“ verliehen. Mit ihm werden Personen geehrt, die beispielhaft auf die dringlichsten Herausforderungen der Menschheit antworten. Zu den bisherigen Preisträgern zählen unter anderen der brasilianische Befreiungstheologe Leonardo Boff und die Menschenrechtlerin Bianca Jagger. *KNA / gk*

Ingrid Fischbach wird Kampagnenbotschafterin

KDFB-Präsidentin Ingrid Fischbach hat das Ehrenamt einer Kampagnenbotschafterin für das Frauenhilfswerk medica mondiale e.V. übernommen. „Die Situation von Frauen in Krisengebieten ist erschreckend“, begründet sie ihr Engagement. Noch immer werde sexuelle Gewalt auch als perfide Kriegsstrategie eingesetzt. Besonders grausam sei es für Frauen in den weltweiten Krisenregionen, die neben der Gefahr und den Nöten des Krieges auch noch fürchten müssen, verschleppt, vergewaltigt, misshandelt oder getötet zu werden. Nach Beendigung des Konflikts in den Krisenregionen trete dann häusliche Gewalt verstärkt auf. „Als Kampagnenbotschafterin unterstütze ich die Arbeit von medica mondiale, damit Frauen in den betroffenen Gebieten die Hilfe bekommen, die sie benötigen, um ein Leben in Würde führen zu können. Unerlässlich ist dabei, dass die betroffenen Frauen die Möglichkeit haben, im Falle eines Missbrauchs eine optimale medizinische und psychosoziale Versorgung vor Ort in Anspruch zu nehmen sowie rechtliche Wiedergutmachung zu fordern. Dazu müssen wir die Öffentlichkeit sensibilisieren und eine breite Unterstützung einfordern, denn noch immer ist das Thema von missbrauchten Frauen und Mädchen in Kriegs- und Krisengebieten ein gesellschaftspolitisches Randthema.“

Mehr Informationen zur Arbeit von medica mondiale im Internet: www.medicamondiale.de

KAG Müttergenesung

Beratungsangebot zur Müttergenesung auch in Kindergärten

Freiburg (KNA) Überlasteten Müttern soll frühzeitig geholfen werden, bevor der Körper die Notbremse zieht. Mit diesem Ziel organisierte die Katholische Arbeitsgemeinschaft (KAG) für Müttergenesung und der Verband Katholischer Tageseinrichtungen für Kinder (KTK) ein zweijähriges Modellprojekt, wie die Verantwortlichen in Freiburg mitteilten. Dabei konnten Frauen sich schon in der Kita ihrer Kinder über Hilfen der Müttergenesung informieren.

Viele Mütter stellten ihre eigene Gesundheit in den Hintergrund, damit Familie, Haushalt oder Berufsleben funktionierten, erklärte KAG-Bundesgeschäftsführerin Margot Jäger. Bei ersten Überlastungserscheinungen suchten nur wenige eine Beratungsstelle oder einen Arzt auf. Durch dieses Warten gehe wertvolle Zeit verloren. In dem Projekt konnten betroffene Mütter schon in Kindertagesstätten und -gärten Beraterinnen ansprechen und sich über Hilfen der Müttergenesung informieren, so Jäger. KTK-Geschäftsführer Frank Janssen betonte: „Wir wollen aktiv auf Frauen zugehen und nicht erst warten, bis sie chronisch erkrankt sind.“

Weil Erzieherinnen oft eine persönliche Beziehung zu den Müttern aufbauten, hätten sie einen guten Einblick in die Familiensituation, hieß es. An dieser Stelle habe das Projekt angesetzt. Im Rahmen der regelmäßigen Fortbildungen lernten die Erzieherinnen, Belastungssignale bei Müttern zu erkennen, diese anzusprechen und sie gegebenenfalls an eine Fachberaterin zu vermitteln.

Der Erfolg des bundesweiten Projekts ist aus Sicht der beiden Initiatoren überwältigend. Die Kindertagesstätten seien zu einem „Agenten für die Gesundheit von Familien und ganz besonders der Mütter geworden“, sagte Janssen. Die Vernetzung zwischen Müttergenesung und Tageseinrichtungen soll ausgebaut werden. Deutschlandweit würden neue Kooperationspartner gesucht.

(KNA – 14. Oktober 2008)

Nachsorge auf einen Klick

Neue Datenbank erleichtert Frauen Zugang zu Angeboten nach einer Kur

Freiburg, 6. November – Was kann eine Frau nach einer Mutter-Kind-Kur tun, damit der Erfolg ihrer Maßnahme langfristig gesichert ist? In der so genannten „Therapeutischen Kette“ aus Beratung, Kur und Nachsorge ist Letzteres in der Praxis häufig das schwächste Glied. Um das Angebot der Nachsorge stärker in den Blick zu bringen, hat die Katholische Arbeitsgemeinschaft Müttergenesung auf ihrer Jahresversammlung in Köln die bundesweit erste Nachsorge-Datenbank vorgestellt. Bundestagsabgeordnete Marlene Rupperecht eröffnete als erste Nutzerin dieses frei zugängliche Internetangebot. Rupperecht ist Vorsitzende des Kuratoriums des Deutschen Müttergenesungswerks. Die Katholische Arbeitsgemeinschaft ist der größte Trägerverbund innerhalb des Müttergenesungswerks.

„Die Nachsorge ist uns so wichtig, weil dadurch das in der stationären Maßnahme Gelernte besser in den Alltag integriert wird und sich positiv auf das Familienleben auswirkt“, erklärt Beate Born, Vorsitzende der Katholischen Arbeitsgemeinschaft. Die Frauen sollen nach der Vorsorge oder Rehabilitationsmaßnahme nicht alleine stehen. Die neue Datenbank ergänzt die Arbeit der Beratungsstellen, in dem sie einen leichten Zugang zu Informationen rund um lokale Angebote bietet.

.In der Nachsorge-Datenbank sind konkrete Angebote von Kursen, Treffen und Wochenendveranstaltungen erfasst, die an die Arbeit in der Mutter-Kind-Kur anknüpfen. „Yogakurse, Familienfreizeiten und Gesprächsrunden sind nur einige Beispiele der Aktionen, die Frauen helfen, ihren Alltag gestärkt zu bewältigen“, erklärt Beate Born. Durch Eingabe der Postleitzahl oder des Wohnortes können verschiedene Nachsorgeangebote in der Umgebung abgefragt werden. Die Daten werden von den Beratungsstellen gepflegt und laufend erweitert.

Die Nachsorge-Datenbank ist über die Internetseite der Katholischen Arbeitsgemeinschaft zu erreichen: www.kag-muettergenesung.de

Sozialdienst katholischer Frauen (SkF)

SkF Bayern startet Modellprojekt

München (KNA) Der Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) in Bayern hat ein auf drei Jahre angelegtes Modellprojekt zur Verbesserung der Psychosozialen Beratung bei Pränataldiagnostik gestartet. Gefördert wird dieses mit einer Million Euro vom bayerischen Sozialministerium, wie der Verband in München mitteilte. Ziel sei es, werdende Eltern zu befähigen, nach einer Diagnose eine informative Entscheidung treffen zu können, sagte die SkF-Vorsitzende Elisabeth Maskos. Außerdem sollen Standards für die Kooperation mit dem Gesundheitsbereich entwickelt werden. Die Kooperationsmodelle werden an sieben Standorten in Bayern mit niedergelassenen Gynäkologen erprobt. Dazu gehören Bamberg, Ingolstadt, Kempten, Regensburg, Traunstein, Weiden und Würzburg. Das Projekt wird von Wissenschaftlerinnen der Universität Bonn und der Katholischen Fachhochschule Berlin begleitet.

(KNA – 26. November 2008)

Terre des femmes

TDF fordert von der Bundesregierung einen Aktionsplan zum Schutz vor Genitalverstümmelung

Nach Berechnungen von TERRE DES FEMMES leben in Deutschland über 4.000 Mädchen, die der Gefahr ausgesetzt sind, heimlich in Deutschland oder in den Ferien im Heimatland der Eltern an ihren Genitalien verstümmelt zu werden. Bislang fehlen in Deutschland Maßnahmen, um sie wirksam zu schützen.

„Alle Mädchen in Deutschland haben das Recht darauf, unversehrt aufzuwachsen. Genitalverstümmelung verletzt die körperliche und seelische Integrität von Mädchen massiv. Es ist unsere Pflicht, sie davor zu bewahren“, so Christa Stolle, Bundesgeschäftsführerin von TERRE DES FEMMES. Deshalb fordert TERRE DES FEMMES von der Bundesregierung in einem Nationalen Aktionsplan:

- Mehr Beratungsstellen für betroffene Frauen und ihre Familien.
- Schulung von ÄrztInnen, Hebammen, ErzieherInnen und LehrerInnen zum Thema.
- Teilnahme aller Kinder - unabhängig von Geschlecht und Herkunft - an den ärztlichen Vorsorgeuntersuchungen. So können nicht nur Fälle weiblicher Genitalverstümmelung, sondern auch von sexuellem Missbrauch öfter als bisher aufgedeckt werden.
- ÄrztInnen müssen dem Jugendamt melden, wenn ein Mädchen bereits an den Genitalien verstümmelt worden ist. Denn dann muss davon ausgegangen werden, dass jüngere Schwestern extrem gefährdet sind und zu deren Schutz wirksame Maßnahmen ergriffen werden müssen.
- Genitalverstümmelung muss in Deutschland ein eigener Straftatbestand werden. Dieser ist Voraussetzung dafür, dass Genitalverstümmelungen, die außerhalb Deutschlands durchgeführt werden, strafverfolgt werden können.

Am 25. November stellen TERRE DES FEMMES und Forward Germany e.V. im Bundestag ihre Vorschläge für einen Nationalen Aktionsplan gegen Genitalverstümmelung vor. Zeitgleich finden in 15 weiteren europäischen Staaten Veranstaltungen zu Nationalen Aktionsplänen statt. Mehr dazu unter: <http://www.frauenrechte.de/aktionsplan>

Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)

Katholiken fordern Nachbesserungen beim Elterngeld

Bonn (KNA) Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) fordert Nachbesserungen beim Elterngeld. Die vom Deutschen Bundestag in zweiter und dritter Lesung beratene Änderung zum Bundeselterngeldgesetz löse nicht das Problem des verringerten Anspruchs auf Elterngeld bei gemeinsamer Teilzeitarbeit, erklärte ZdK-Präsident Hans Joachim Meyer. Nach jetziger Rechtslage endet der Anspruch auf Elterngeld bereits mit dem siebten Lebensmonat des Kindes, wenn beide Eltern gleichzeitig in Teilzeit arbeiten. Damit sei die gemeinsame Wahrnehmung der Erziehungsverantwortung finanziell nicht attraktiv, sagte Meyer: „Eine partnerschaftliche Elternschaft, wie sie Eltern in gemeinsamer Teilzeit anstreben, darf nicht zu finanziellen Einbußen führen.“

(KNA – 14. November 2008)

Katholiken-Komitee: Freier von Zwangsprostituierten bestrafen

Bonn (KNA) Ein stärkeres Vorgehen gegen Zwangsprostitution und Frauenhandel fordert das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK). Freier von Zwangsprostituierten sollten strafrechtlich verfolgt werden, verlangte ZdK-Präsident Hans Joachim Meyer in einem Brief an Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD), Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) und die Fraktionsvorsitzenden von Union, SPD, FDP und Grünen. Er beklagte, dass die Politik auf diesem Feld bislang weithin untätig geblieben sei.

Frauenhandel und Zwangsprostitution seien in der heutigen Dimension nur deshalb möglich, weil eine entsprechend große Nachfrage bestehe, betont Meyer. Es seien die Freier selbst, die durch ihr Verhalten gegen das sexuelle Selbstbestimmungsrecht und die Menschenwürde der Zwangsprostituierten verstießen und damit schwerste Menschenrechtsverletzungen begingen. Sie sollten deshalb bestraft werden, wenn ihnen bewusst sei oder sie angesichts der Umstände erkennen könnten, dass es sich bei der Frau um eine Zwangsprostituierte handelt.

Ausdrücklich forderte der ZdK-Präsident dazu auf, die Konsequenzen aus dem Prostitutionsbericht der Bundesregierung vom Januar vergangenen Jahres zu ziehen. In vielen wichtigen Punkten sei dort konkreter Handlungsbedarf beschrieben worden, insbesondere in Bezug auf Opferschutz, Ausstiegshilfen, strafrechtlichem Schutz von Jugendlichen, Überprüfung des Vermieterprivilegs und Einführung einer Genehmigungspflicht für Bordelle. Auf allen diesen Gebieten sei aber nichts geschehen. *(KNA – 19. November 2008)*

Katholikenkomitee: Volksbegehren für Reli-Unterricht stützen

Bonn (KNA) Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) hat zur Unterstützung des Berliner Volksbegehrens zur Einführung eines Religionsunterrichts aufgerufen. ZdK-Präsident Hans Joachim Meyer kritisierte in Bonn zugleich, die Bürgerinitiative „Pro Reli“ erhalte zu wenig Rückhalt durch die Politik.

Der Initiative gehe es darum, „die freie Auswahl zwischen Ethikunterricht und Religionsunterricht überhaupt erst zu garantieren“, sagte Meyer bei der ZdK-Herbstvollversammlung. Dieses Freiheitsrecht werde etwa durch Berlins Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) „systematisch vernebelt“.

Derzeit läuft in Berlin ein Volksbegehren der Initiative „Pro Reli“ unter dem Motto „Freie Wahl“. Die Initiatoren wollen erreichen, dass der Religionsunterricht dem staatlichen Ethikfach gleichgestellt wird und die Schüler ihn alternativ wählen können. Bislang hat das Fach Religion in Berlin nur den Rang einer zusätzlichen Arbeitsgemeinschaft. Damit es zu einer Volksentscheidung kommt, muss die Initiative bis zum 21. Januar 170.000 Unterschriften vorlegen.

(KNA – 21. November 2008)

Katholiken fordern klares Bekenntnis zum Sozialstaat

Bonn (KNA) Mit Blick auf die weltweite Finanzkrise hat das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) vor zu großem staatlichen Einfluss auf die Wirtschaft gewarnt. „Nichts deutet darauf hin, dass die Übernahme wirtschaftlicher Aufgaben durch den Staat ein Gewinn wäre“, sagte ZdK-Präsident Hans Joachim Meyer in Bonn. Notwendig sei ein klares Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft.

Zum Auftakt der zweitägigen ZdK-Herbstvollversammlung warb Meyer zugleich für eine positive Sicht des Staates. Dieser werde in der öffentlichen Meinung oftmals behandelt „wie ein finsterner Schurke, der auf nichts anderes sinnt als darauf, die Freiheit seiner Bürger einzuschränken“. Die Demokratie drohe jedoch zu scheitern, wenn sie nicht von den Bürgern verteidigt werde.

Meyer sprach sich auch für ein weiteres deutsches Engagement in Afghanistan aus. Wer dort als Soldat im Kampf gegen die Taliban falle, „gibt sein Leben für die Menschen in Afghanistan und für unsere Freiheit“, betonte der ZdK-Präsident. Es gelte, diese Herausforderung „mit klaren und ehrlichen Worten“ deutlich zu machen. (KNA – 21. November 2008)

Laiengremium der Katholiken beendet Herbstvollversammlung

Bonn (KNA) Mit einem Appell, den Neubau der Leipziger Propsteikirche zu unterstützen, ist die Herbstvollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) in Bonn zu Ende gegangen. ZdK-Präsident Hans Joachim Meyer bezeichnete den größten katholischen Kirchenneubau Ostdeutschlands seit der Wende als „wichtiges und gutes Projekt“.

Weitere inhaltliche Schwerpunkte des zweitägigen Treffens waren die Klimadebatte sowie die Diskussion über die Aufnahme christlicher Flüchtlinge aus dem Irak. Außerdem wurden 45 Einzelpersonlichkeiten aus Politik und Gesellschaft gewählt, die das höchste Laiengremium der katholischen Kirche in Deutschland vervollständigen.

Nach intensiven Diskussionen verabschiedeten die rund 180 Delegierten mit großer Mehrheit ein Positionspapier „Für einen nationalen und internationalen Klimaschutz“. Darin lehnt das ZdK eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken ab. Außerdem fordert es die Einführung eines generellen Tempolimits von 120 Stundenkilometern auf Autobahnen, um den Kohlendioxid-Ausstoß zu senken. Dem gleichen Zweck dient nach Ansicht des Gremiums auch der internationale Emissionshandel, der im Plenum großen Rückhalt erhielt.

Umstritten war der Vortrag des Jesuiten und Islamwissenschaftlers Samir Khalil Samir zur Lage der christlichen Gemeinschaften im Nahen Osten. Der Leiter des arabisch-christlichen Dokumentations- und Forschungszentrums CEDRAC in der libanesischen Hauptstadt Beirut plädierte dafür, möglichst viele Christen im Irak zum Bleiben zu bewegen. ZdK-Präsident Meyer sagte demgegenüber, dass sich die Katholiken in Deutschland weiter für die Aufnahme christlicher Irak-Flüchtlinge einsetzen wollten. Auf Widerspruch stieß auch Samirs These, wonach die Radikalisierung von Muslimen im Irak und andernorts auch auf die Gründung des Staates Israels sowie die israelische Palästinenser-Politik zurückzuführen sei. ZdK-Generalsekretär Stefan Vesper betonte, dass das Existenzrecht Israels außer Frage stehe.

Zu den weiteren Themen, die die Vollversammlung erörterte, gehörte die Debatte um das Berliner Volksbegehren „Pro Reli“, das für Wahlfreiheit zwischen Ethik- und Religionsunterricht in der Hauptstadt kämpft, sowie die Förderung von benachteiligten Kindern. Eine geplante Stellungnahme zum Gendiagnostikgesetz verwiesen die Delegierten an den ZdK-Hauptausschuss, der sich im Januar zu dem Thema äußern will. Kernstücke des Entwurfs sind ein Verbot von Gentests für Erkrankungen, die erst im höheren Lebensalter auftreten, sowie eine Aufklärungspflicht für Schwangere, um die Zahl von Spätabtreibungen ab der 23. Schwangerschaftswoche zu reduzieren.

An beiden Tagen auf der Tagesordnung stand die Wahl von 45 Einzelpersonlichkeiten aus Politik und Gesellschaft. Jeder vierte der aufgenommenen Kandidaten ist neu in dem Gremium. Außer der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Staatsministerin Maria Böhmer, und dem nordrhein-westfälischen Familienminister Armin Laschet (beide CDU) gehören dazu unter anderen die SPD-Schatzmeisterin Barbara Hendricks, der Vorsitzende der niedersächsischen FDP, Philipp Rösler, sowie der kirchenpolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, Josef Philip Winkler.

Unter den Vertretern, die bereits seit längerem dem ZdK angehören, erhielten der thüringische Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) und die Grünen-Politikerin Christa Nickels im ersten von insgesamt vier Wahlgängen die meisten Stimmen. Zuvor hatte das ZdK drei prominente CDU-Politiker verabschiedet, die auf eigenen Wunsch hin nicht mehr zur Wahl standen: Bundesforschungsministerin Annette Schavan, der langjährige baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel sowie der ehemalige Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und Thüringen, Bernhard Vogel.

Eine andere Personalie steht erst bei der nächsten Frühjahrsvollversammlung auf dem Programm: die Wahl eines Nachfolgers von ZdK-Präsident Hans Joachim Meyer. Der 72-jährige hatte Ende Mai angekündigt, nach dann zwölfjähriger Amtszeit nicht erneut kandidieren zu wollen. Mögliche Kandidaten stehen offiziell noch nicht fest. Das Treffen findet im Mai 2009 in Berlin statt.

(KNA – 22. November 2008)

Katholiken-Komitee fordert islamischen Religionsunterricht

Bonn (KNA) Die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach und in deutscher Sprache hat das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) gefordert. Ein solcher Unterricht sei „ein notwendiger Schritt auf dem Weg zur Gleichbehandlung der Muslime“ und damit ein Schlüssel zur Integration, heißt es in einem in Bonn vorgestellten Positionspapier des ZdK-Gesprächskreises „Christen und Muslime“.

Zugleich bedeute dieser Unterricht eine große Chance für einen gesellschaftlichen und interreligiösen Dialog, betonen die Autoren. Er könne auch zum Ausgangspunkt für die Ausbildung eines „deutschsprachigen Islam“ und einer islamischen Theologie werden, die wissenschaftliches Argumentieren, Selbstkritik und Pluralität zulasse.

Das Papier appelliert an die Bundesländer mit hohem muslimischen Bevölkerungsanteil, so schnell wie möglich mehr Schulversuche für islamischen Religionsunterricht einzuführen.

Zugleich müsse das Ausbildungsangebot für islamische Religionslehrer an den Hochschulen ausgebaut werden. Dringend notwendig sei praxistaugliches Lehr- und Lernmaterial für die Schulen.

Der Arbeitskreis ermuntert die staatlichen Stellen, eng mit muslimischen Organisationen zusammenzuarbeiten. Auch Elterninitiativen kämen als Ansprechpartner in Frage, so lange es auf muslimischer Seite noch keinen legitimierte Ansprechpartner gebe.

Die elf christlichen Mitglieder des Arbeitskreises appellierten an die christlichen Kirchen, den bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht noch stärker zu fördern. Umgekehrt wollen die muslimischen Vertreter den christlichen konfessionellen Religionsunterricht gegen alle Tendenzen unterstützen, ihn durch religionskundliche oder allgemein Werte vermittelnde Fächer zu ersetzen. (*KNA – 8. Dezember 2008*)

Das VATER UNSER als Brücke der Ökumene

Beten und Handeln auf dem Weg zum Ökumenischen Kirchentag 2010 in München

Mit dem Beginn des neuen Kirchenjahres hat das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) am 30. November 2008 einen ökumenischen Impuls für das Zusammenleben der Christinnen und Christen in Deutschland veröffentlicht. Unter der Überschrift „Das VATER UNSER – ökumenisch“ hat der Arbeitskreis „Pastorale Grundfragen“ des ZdK diesen Gesprächsimpuls verfasst.

„Wir haben das Gebet ins Zentrum gestellt, das Jesus Christus uns selbst mit auf den Weg gegeben hat und das die ganze Christenheit in allen Sprachen und Konfessionen gemeinsam täglich betet. Darin geschieht eine Einheit, die weltweit einzig ist. Diesen Schatz möchten wir stärker ins Bewusstsein heben“, stellt Hans-Georg Hunstig, Paderborn, als Sprecher des ZdK für Pastorale Grundfragen heraus.

Zu jeder der sieben Bitten des VATER UNSER und des abschließenden Lobpreises bietet der Anstoß des ZdK zunächst thematische Zugänge, denen dann ökumenische Vertiefungen folgen. Auf dieser Grundlage, die für die Leser neue Sichtweisen der theologischen Zusammenhänge erschließen und meditative Anregungen geben, folgen dann Empfehlungen für das konkrete Handeln im Alltag, das die Christinnen und Christen verschiedener Konfessionen zusammenführen kann. Die Auslegungen werden jeweils durch ein Gebet abgeschlossen und damit die Brücke zur geistlichen Ökumene beschriftet.

Hunstig stellt als Sprecher des ZdK heraus: „Christsein heißt heute ökumenisch sein. So geben die Christen oft in bester Zusammenarbeit der Konfessionen ein Zeugnis in unserer Gesellschaft. Wir meinen aber, dass wir neue Zugänge eröffnen müssen, um den Weg zur vollständigen Einheit der Christen gehen zu können. Das soll auch der nächste Ökumenische Kirchentag im Jahre 2010 in München unter dem Leitwort ‚Damit ihr Hoffnung habt‘ ausdrücken, auf den wir uns als ZdK zusammen mit dem Deutschen Evangelischen Kirchentag vorbereiten. In diesem Zusammenhang laden wir mit unserem Text ein, mit dem ökumenischen Beten des VATER UNSER das Handeln im Alltag zu verbinden. Dazu machen wir Vorschläge für Gruppen, Verbände, Einrichtungen und Einzelne: von der ökumenischen Auferstehungsfeier am Ostermorgen auf dem Friedhof bis zur

gemeinsamen Mitwirkung bei der ‚Tafel‘, von ökumenischen Agapefeiern bis zu ökumenischen Bußgottesdiensten und der gemeinsamen Aufarbeitung von wechselseitig erlittenem Unrecht. Nicht einmal mehr anderthalb Jahre trennen uns vom Ökumenischen Kirchentag in München. Wir laden alle ökumenischen Kreise, Gremien oder Initiativen in den Ortsgemeinden und den kirchlichen Verbänden ein, die Gedanken des Papiers im gemeinsamen Gespräch zu erörtern und Handlungen folgen zu lassen. So kann das VATER UNSER noch stärker zur Brücke in der Ökumene werden.“

Der Text kann kostenlos als Broschüre bezogen werden über das Generalsekretariat des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn, Tel. 0228 / 38 29 70, E-Mail info@zdk.de . Gleichzeitig kann er auf der Seite www.zdk.de heruntergeladen werden.